

Vorsitz. Zu Secretairen wurden die Herren von Bernuth und von Könen bestellt. Im Einverständniß mit 21 Mitgliedern der Versammlung brachte der Abgeordnete von Jordan den Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung ein, der nach einigen Debatten angenommen ward. Zugleich wurde beschloffen, daß eine aus 10 Mitgliedern bestehende Commission den Entwurf einer definitiven Geschäftsordnung ausarbeiten und spätestens binnen 4 Wochen zur Berathung vorlegen solle. Schließlich ward zur Präsidentenwahl geschritten, und unter 123 Stimmen erhielt der Oberpräsident von Auerwald deren 94. Der Schluß der Sitzung erfolgte hierauf um 2 Uhr. Die nächste Sitzung wurde auf heute angesetzt, da die Kammern gestern sich an der Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen Prinzen Waldemar theiligten.

In der ersten Sitzung der zweiten Kammer übernahm der Abgeordnete Lenzing als Alterspräsident den Vorsitz. Als jüngste Mitglieder wurden zu Secretarien bestellt die Abgeordneten Herr Grün, Parisius und Löher. Am Ministertische befanden sich die Minister von Mantuffel und v. d. Heydt. Die Abgeordneten der Rechten v. Viebahn, Gessler, Keller, Müller, Riedel und Ulrich stellten den Antrag auf Annahme einer vorgelegten provisorischen Geschäftsordnung. Der Abgeordnete v. Unruh stellt den Antrag, durch das Loos 7 Abtheilungen zu bilden und in diesen zur Wahlprüfung zu schreiten. Ueber beide Anträge entspinnt sich eine längere Debatte, an welcher von der Rechten namentlich die Herren v. Vincke, v. Viebahn, Riedel, v. Seckendorff und Graf Schwerin, von der Linken die Herren Waldeck, v. Unruh, v. Berg, Pilet und v. Ester Theil-nahmen. Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag angenommen: in der morgenden Sitzung sowohl über die vorgelegte Geschäftsordnung als über den v. Unruhschen Antrag zu discutiren und abzustimmen; ferner der Antrag durch's Loos 7 Abtheilungen zur Vorberathung zu bilden. Schluß der Sitzung um 2 Uhr.

In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer, welche wegen des Leichenbegängnisses des Prinzen Waldemar erst um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet wurde, ward sofort über den in der vorigen Sitzung vertagten Antrag von Viebahn und Genossen wegen der Geschäftsordnung debattirt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag getheilt. Der erste Theil, welcher lautet: eine Commission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung durch die zu bildenden Abtheilungen in der Zahl von 2 Mitgliedern aus jeder Abtheilung zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Bei dem zweiten Theil, welcher lautet: bis dahin aber, daß diese Commission ihre Ausarbeitung vorgelegt und die Kammer über dieselbe beschloffen haben wird, die heiliegende vielartige Geschäftsordnung bei Behandlung der Geschäfte für die Fälle, in welchen reglementmäßige Bestimmungen nicht zu entbehren sind, als maßgebend anzunehmen, von einer zeitraubenden Discussion der Einzelbestimmungen aber für jezt Abstand zu nehmen, wurde auf den Antrag von Moritz namentlich abgestimmt. Es ergaben sich 169 Stimmen für und 148 Stimmen gegen den Antrag, der somit angenommen wurde. Beim Schluß der Sitzung theilte der Handelsminister v. d. Heydt mit, daß Dänemark den am 26. März ablaufenden Waffenstillstand gekündigt, der dänische Gesandte am hiesigen Hofe aber das Vertrauen auf ferneres ungestörtes friedliches Verhältniß ausgesprochen habe; die Regierung Sr. Majestät unsres Königs werde den Frieden zu erhalten suchen, zugleich aber die Ehre des Landes zu wahren wissen. (Allgemeiner Beifall.)

In der zweiten Kammer stehen sich zwei fast gleiche Partheien gegenüber. Die Rechte hat — abgesehen von den noch ausstehenden Nachwahlen — bis jezt eine Mehrheit von ungefähr 20 Stimmen.

Im Teltower Kreise sind bei der Nachwahl die Herren Oberst-Lieutenant v. Griesheim und Geheime Rath Stiehl zu Abgeordneten gewählt worden.

Im hiesigen dritten Wahlbezirk werden für die Nachwahlen als conservative Candidaten aufgestellt die Herren v. Beckerath und Stadt-Syndikus Möwes.

Das große demokratische Banket, welches bis zum 2. März verschoben war, aber bei dem General v. Wrangel abermals auf Hindernisse stieß, wird jezt wahrscheinlich ganz aufgegeben werden.

Mit der Eröffnung der Kammern fängt wieder eine größere Regsamkeit unter dem Berliner Pöbel an. Bereits vorgestern und gestern haben Konflikte zwischen dem Pöbel und den Schuzmännern auf dem Dönhofsplaze Statt gefunden.

C. Berlin, 3. März. Die erste Kammer hat sich nun vollständig constituirt. In der Sitzung vom 1. d. M. wurden 93 Wahlen, über welche die Protokolle bereits eingegangen, für gültig erklärt. Keine derselben war von den Abtheilungen beanstandet worden; dagegen wurden durch Beschluß der Kammer mehrere Unregelmäßigkeiten bei den Wahlmänner-Wahlen zur Kenntniß des Ministeriums gebracht. Nach beendigter Wahlprüfung war zur definitiven Einsetzung des Büreaus geschritten. Zum Präsidenten wurde der frühere Minister-Präsident, Ober-Präsident der Provinz Preußen v. Auerwald gewählt; zum ersten Vice-Präsidenten der Abgeordnete Baumstark, zum zweiten der Abgeordnete v. Wittgenstein. Als Schriftführer wurden ernannt die Herren v. Bodum-Volfs, Sperling, Wodiczka, Goebel, v. Münchhausen, v. Gruner, Wachler. — Die nächste Sitzung der ersten Kam-

mer findet am Montag Statt und wird darin der Adress-Entwurf auf die Thronrede vorgelegt werden. Die Versammlung hat auf den gestellten Antrag einstimmig beschloffen, eine solche Adresse an Se. Maj. den König zu richten.

— Gestern fanden die Nachwahlen für die erste Kammer an Stelle der Herren v. Griesheim und Camphausen Statt. Es wurden gewählt: Professor Dieterici und Geh. Finanzrath Knoblauch.

— Der Justizminister Rintelen ist bei der Nachwahl in Gössin zum Deputirten für die erste Kammer gewählt worden. Der Oberconsistorialrath und Professor Nishon in Landsberg a. d. W. für dieselbe Kammer.

— Die hiesigen Gewerke halten jezt häufig Generalversammlungen ab, um das provisorische Gewerbegesetz zu berathen.

C. Berlin, 2. März. Dritte Sitzung der zweiten Kammer. Die heutige dritte Sitzung der zweiten Kammer war vollkommen interresslos, da nur über Wahlprüfungen Bericht erstattet wurde. Zu bemerken ist nur, daß auch in der zweiten und vierten Abtheilung, die sich gestern constituirt haben, die conservative Parthei gesegelt hat; in der ersten wurde Viebahn, in der anderen Wenzel zu Vorsitzenden erwählt. Auch General Wrangel besuchte heute auf kurze Zeit die Tribüne; morgen Fortsetzung der Wahlprüfungen.

— Die Linke der zweiten Kammer, welche ihre Privatversammlungen seither bei Jaroschkowiz hielt, hat dieselbe in Folge der am Dienstag vorgefallenen skandalösen Prügelei, bei welcher zwei Abgeordnete (Pastor Schmidt und Hr. Bauer-Stolpe) verwundet wurden, nun nach der neuen Conversationshalle am Dönhofsplaze verlegt. Die Rechte versammelt sich gewöhnlich in der Stadt London am Dönhofsplaze.

— Es verlautet hier, daß in Folge der Kündigung des dänischen Waffenstillstandes zunächst die Truppen der kleineren deutschen Staaten in die Herzogthümer einrücken sollen, während an der mecklenburgischen Grenze ein Preussisches Reservecorps gebildet wird, welches sein Hauptquartier in Berleburg haben soll.

— Vor dem Sitzungslokal der zweiten Kammer bildeten sich in den letzten Tagen wieder Demokratenversammlungen; die Constabler mußten einschreiten und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Münsterberg, 1. März. Heute fand hier eine Ersatzwahl für die erste Kammer statt. Gewählt wurde der Justiz-Minister Rintelen zu Berlin; Gegen-Candidat war Professor Weseler aus Greifswald.

*** Frankfurt, 1. März.** In der Sitzung vom 26 Februar wurden die §§ 11 und 12 des Reichswahlgesetzes wie nachstehend angenommen:

§. 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen.

Der Standort der Soldaten und Militairpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit 3 Monaten nicht gewechselt ist.

In den Staaten, wo Landwehr besteht, trifft für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§. 12. In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Bornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Ueber §. 13 und 14 wurde heute diskutirt; sie erhielten folgende Fassung:

§. 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§. 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den 2 Candidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Frankfurt, 26. Februar. Im Anfange der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlas der Präsident Simson das ihm so eben eingehändigte Schreiben des Reichsminister-Präsidenten von Gagern an das Präsidium der Reichsversammlung, welches sich über alle im Interesse der Verständigung hinsichtlich der Verfassung unter-